

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Tageblatt

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptpostamts zu Bauen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten

Beilagen: Sonntags-Unterhaltungsblatt und Landwirtschaftliche Beilage
Geschäftsstelle Bischofswerda, Altmarkt 15. — Druck und Verlag der Buchdruckerei Friedrich May in Bischofswerda. — Fernsprecher Nr. 22

Erkennungsweg: Jeden Freitag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle monatlich Mk. 3,50, bei Zustellung ins Haus monatlich Mk. 3,80, durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 10,50 — mit Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten, Postboten, sowie Zeitungsverkäufer und die Geschäftsstelle des Blattes nehmen jederzeit Bestellungen entgegen.

Postfach-Konto: Amt Dresden Nr. 1521. **Gemeindeverbandskasse:** Bischofswerda Konto Nr. 64. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Verlegeranstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Vorkauf oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die Doppelseite Grundzelle (Zm. Maße 14) ober deren Raum 4.— Mk., drückende Zeile 2,50 Mk. Im Textteil (Zm. Maße 14) 10.— Mk. die Doppelseite Zeile. Bei Wiederholungen Nachschlag nach feststehenden Sätzen. — Künstliche Anzeigen die Doppelseite Zeile 2.— Mk. — Für bestimmte Tage oder Plätze wird keine Gewähr geleistet. — Erschließungsort Bischofswerda.

Nr. 179.

Donnerstag, den 3. August 1922

78. Jahrgang.

Wie es bergab geht.

Die Angst vor der Wahrheit.

In der Deutschen Industrie-Zig. beschäftigt sich H. Heilmann (Eisen) mit den wirtschaftlichen Verhältnissen. Zutreffend schreibt er:

„Dass wir uns die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht klar machen, über größtenteils daher, daß der wirtschaftliche Zusammenbruch, von dem seit Jahren die Rede ist, in der früher geglaubten Gestalt nicht eingetreten ist. Man dachte sich ihn als allgemeinen Staats- und Wirtschaftskontroll, der eine unermittelte und plötzlich eintretende Verelendung aller Schichten der Bevölkerung und Arbeitslosigkeit größten Umfangs zur Folge haben müßte. Ein plötzlicher Zusammenbruch ist zwar nicht eingetreten, dafür aber ein allmählich und langsam sich vollziehendes Zusammenfallen, das noch viel schlimmer ist. Dementsprechend ist auch die äußerlich noch glänzend daherkommende Gewerbetätigkeit, mag die Lage der heimisch-wirtschaftlichen Eisenindustrie zeigen. Bei ihr beträgt die Ausfuhr nur noch 25 Proz. der Vorkriegszeit, während die Einfuhr ausländischer Eisens (die früher, abgesehen von einigen ganz unwesentlichen Spezialartikeln, überhaupt nicht in Betracht kam) im letzten Monat zum ersten Mal größer als die Einfuhr gewesen ist. Infolge der geringen Nachfrage ist die Ausfuhr der Eisenerze in Deutschland völlig unzureichend, so daß es nicht genügt, die Kosten für ausländische Erze — der Verbrauch an ihnen ist jetzt verhältnismäßig größer als in Friedenszeiten — zu decken, so daß bei den meisten Werken 0 bis 50 Prozent des Deutschenbedarfes in Auslandsmark ge- deckt werden muß, was Aufwendungen erfordert, die bei den ganz großen Werken jeden Monat in die Hunderte von Millionen geht.“

An den bisherigen Seiten des ständigen Fallens der Mark haben wir davon geseht, daß wir die Rohstoffe verhältnismäßig „billig“ einführen und nach erfolgter weiterer Veredelung der Mark „teuer“ ausführen. Ferner haben wir auf Goldmarkwerte verhältnismäßig sehr niedrige Papiergeldgewinne ausgeschüttet (beim Bochumer Verein, betragend einem der besten Werte des Bezirks, betrug der Goldwert der letzten Dividende nur 0,95 Prozent), oder wir haben die Goldmarkkapitalien allmählich durch Umwandlung in Papiergeld aufgehoben (bei Deutsch-Luxemburg s. B. betrug das Friedenskapital 120 Millionen Mark, während es nach dem Börsensturz vom 1. Mai 1922 nur 17,885 Millionen Goldmark ausmacht), oder wir haben Goldhypotheken in Papier umgewandelt und dadurch unsere Konjunktur hochgehoben usw. Das alles hat schließlich aber einmal ein Ende, sobald das Vermögen des einzelnen und der Volkswirtschaft aufgebraucht ist, was in Gestalt der allmählichen Umwandlung des Kapitals in Papiergeld erfolgt; vollzogen ist dieser Prozeß bereits bei dem Reuten, die nur über verhältnismäßig geringfügige Kapitalien verfügen, bei denen dieser Prozeß also verhältnismäßig schnell vor sich gehen mußte (s. B. Pensionäre, Rentner, freie Berufe usw.); bei allen anderen Schichten wird er eines Tages auch zum Abschluß kommen, wenn gleich die dazu erforderliche Zeit etwas länger dauert. . . .

Es scheint demnach so, als ob Deutschlands geistige, politische und wirtschaftliche Bolschewisierung unaufhaltsam sei, wenn nicht ein Wunder kommt. Wunder sind aber bekanntlich in der heutigen „aufgeklärten“ Zeit sehr selten.“

Die deutsche Antwort an Frankreich.

Keine Sonderverhandlungen mit Frankreich. — Die zurückführende Politik der Drohungen.

Berlin, 2. August. (W.T.B.) Die deutsche Antwort, die gestern in Paris übergeben wurde, hat folgenden Wortlaut:

Herr Ministerpräsident! Ich beehre mich, den Empfang der Note Curer Ezzelens vom 26. Juli 1922 zu bestätigen.

Das Abkommen über die Ausgleichszahlungen vom 10. Juni 1921 ist von Deutschland nicht mit einzelnen Mächten, sondern mit der Gesamtheit der beteiligten alliierten Regierungen abgeschlossen worden. Demgemäß ist die Note der deutschen Regierung vom 14. Juli d. J., wie der französischen Regierung bekannt ist, gleichmäßig an die anderen hauptbeteiligten Mächte gerichtet worden. Die deutsche Regierung kann sich über ihre weitere Stellungnahme aus diesen Gründen nicht äußern, wenn sich alle beteiligten Regierungen geeinigt haben. Eine andere Haltung ist für mich unangehörig in ultimativer Form anzufragen, nicht näher bezeichneten Maßnahmen Frankreich nicht möglich.

Indem sich die deutsche Regierung ein weiteres Eingehen auf die Sache selbst vorbehält, bemerkt sie schon jetzt: Die Zahlungen, die Deutschland im Ausgleichsverfahren und aus Artikel 297 leisten muß, können im Endes nur aus derselben Quelle geschöpft werden wie die Reparationszahlungen. Siehe, ob die Zahlungen des Reichs oder um Privatguthaben der beiden Jähren bleibt die Notwendigkeit der Herausgabe von Devisen aus der gesamten deutschen Volkswirtschaft die gleiche, und für die Wirkung dieser Operationen auf den Markkurs ist ohne Bedeutung, an welche Stelle und auf Grund welcher Paragrafen die Zahlung erfolgt. Wenn die deutsche Volkswirtschaft die Entlastung von monatlich 80 Millionen Goldmark für die Reparationszahlungen nicht tragen kann, so wäre es eine Illusion, zu glauben, daß die Ausgleichszahlungen von fast 40 Millionen Goldmark monatlich weiterhin aufgebracht werden können. Alle diese Leistungen können nur als ein einheitliches Ganzes betrachtet und in einem einheitlichen Plan behandelt werden. Der deutsche Antrag, der nicht eine Kürzung der Ausgleichszahlungen, sondern lediglich ihre Verteilung auf einen längeren Zeitraum bezweckt, beruht auf denselben Grundsätzen, die für die deutsche Regierung bei ihrem Antrag auf Gewährung eines Moratoriums für die Reparationszahlungen maßgebend gewesen sind, nämlich der derzeitigen Erschöpfung der Fähigkeit Deutschlands zu Zahlungen in ausländischer Währung, die in dem katastrophalen Niedergang der Mark deutlich zum Ausdruck kommt. Inzwischen ist nach dem Eingang der Note Curer Ezzelens ein neuer Sturz der deutschen Währung eingetreten und die Mark bis auf 1/100 ihres Friedenswertes gesunken.

Deutschland macht alle Anstrengungen, seine aus dem Kriege entstandenen Verpflichtungen zu erfüllen. Hierzu ist aber vor allem die Befähigung seiner Volkswirtschaft notwendig. Diese wirtschaftliche Wiederherstellung, wie die aus Europa, kann jedoch nur erfolgen durch die unabdingbare solidarische Zusammenarbeit aller beteiligten Mächte. Eine Politik der Drohungen wirkt nicht wieder aufbauend, sondern zerstörend.

Einspruch Belgiens.

Berlin, 1. August. *Welt Journal* meldet, Belgien habe beschlossen, gegen die Note Poincarés bei der Reparationskommission Einspruch zu erheben. Es beantrage diesen Einspruch damit, daß es sich um eine interalliierte Angelegenheit handle, in der Frankreich nicht auf eigene Faust Forderungen aufstellen könne, und betont weiter, daß die französischen Forderungen die Prioritätsrechte Belgiens in Frage stellen. Belgen ersucht die Reparationskommission, die Begleitung der Forderungen französischer Privatgläubiger an Deutschland in gleicher Weise zu unterliegen, wie dies bei sonstigen Auslandszahlungen Deutschlands geschehen ist.

Eine englische Zirkularnote über die alliierten Kriegsschulden.

Paris, 1. August. Der *„Zeit Parisien“* meldet aus London: Die *„Times“* erklärte heute, daß man allen Anlaß zu der Annahme habe, daß die englische Regierung gestern beschlossen hat, an alle alliierten europäischen Regierungen, sowie an das Kabinett in Washington eine Zirkularnote in der Frage der Kriegsschulden zu senden. Diese Note wurde von Lord Balfour vor 14 Tagen redigiert. Obwohl ihr genauer Inhalt noch nicht veröffentlicht wurde, muß man annehmen, daß sie folgende Anschauungen verkündet:

Die Summen, welche die alliierten Nationen in Europa England schulden, sind praktisch und moralisch von der englischen Kriegsschuld gegenüber den Vereinigten Staaten nicht abzuheben. Wenn die englische Regierung tatsächlich sich eine Note verleiht, worauf übrigens auch der Londoner Berichterstatter des *„Journal“* Anspielungen machte, so verändert sich die Anschauung grundsätzlich, die sie bisher gegenüber den Vereinigten Staaten vertreten hatte. England hätte sich bisher immer auf den Standpunkt gestellt, daß es seine Schulden gegenüber Amerika abtragen wolle. Nunmehr würde England die Meinung vertreten, daß es nur insoweit Amerika bezahlen könnte, als es selbst von seinen Alliierten in Europa bezahlt würde. Da aber diese Alliierten sämtlich zahlungsunfähig sind, so würde also England zum ersten Mal den Standpunkt einnehmen, daß es auch selbst die Verpflichtungen gegenüber den Vereinigten Staaten, die aus Kriegsschulden herrühren, nicht abtragen könne.

Es bleibe nunmehr abzuwarten, welche Stellung die Vereinigten Staaten zu dieser überraschenden Wendung in der englischen Politik einnehmen werden. Die Verhandlungen des amerikanischen Schuldensachverständigenkomitees

mit der französischen Abordnung gingen jedenfalls bisher um seinen Schritt weiter. Vormentier erklärte immer wieder, daß Frankreich bereit wäre, seine Schulden an die Vereinigten Staaten zu bezahlen, daß dies aber davon abhängt, ob es selbst von Deutschland bezahlt werde. Würde nunmehr in London beschlossen werden, daß Deutschland das Moratorium zu gemähren sei — und auf die Bewilligung eines französischen Moratoriums kann man sich aller Wahrscheinlichkeit nach gefaßt machen — so würde Vormentier selbstverständlich sofort mit der Behauptung herausspringen, daß Frankreich nicht in der Lage wäre, gegenüber Amerika seine Verpflichtungen zu erfüllen.

Verschärfung der inneren Krise in Italien.

Die dem Staat Italien drohende Gefahr, daß sich mächtige Nebenregierungen bilden, eine Gefahr, deren Befestigung das zurückgetretene Kabinett Facta als eine seiner Hauptaufgaben bezeichnet hatte, ist nach dessen Rücktritt besonders stark geworden. Das nach mehreren Verschiebungen der Kabinettsneubildung noch immer ohne Regierung befindliche Land steht am Rande des Bürgerkrieges. Der Arbeiterbund wird binnen acht Tagen den Generalkonvent versenden müssen, wenn er nicht einen neuen radikalsten Bundesvorstand wählen will, und der Zentralvorstand der *„Fascisten“* hat als Gegenmaßnahme die allgemeine Mobilisierung seiner Mitglieder angeordnet. Er stellt dem Senat ein Ultimatum von 48 Stunden, seine Autorität zu wahren, widrigenfalls er selbst die Aufgabe übernehmen will. In ähnlicher Weise, wenn auch mit anderen Mitteln, planen die Sozialisten, dem Staat ihre Macht fühlen zu lassen. Sie wollen den Verwaltungsapparat durch Rücktritt ihrer Mitglieder lahm legen. Es ist erklärlich, daß der König bei solcher Lage unter Berücksichtigung der Orientierung einen Kurs auf die Führer der Nation richtet, ihn bei der Beilegung der Krise zu unterstützen.

Wid. Rom, 1. August. (Stefanmeldung.) Nach den bisher vorliegenden ersten Meldungen über den Generalstreik wird in Rom der öffentliche Verkehr ausreicht erhalten. Der Trambahnbetrieb wird verringert und von nationalsozialistischem Personal weitergeführt. Der Eisenbahnverkehr, ebenfalls eingeschränkt, wird von Militär und Faschisten aufrecht erhalten. Die Zeitungen sind nicht erschienen. In Florenz ist der Generalstreik nicht erklärt. Alle öffentlichen Betriebe sind in Tätigkeit. In Turin fanden die Arbeiter sich fast vollständig zur Arbeit ein. Die Eisenbahnzüge verkehren fahrplanmäßig. In Genua ruht die Arbeit im Hafen. Im übrigen sind dort alle Betriebe in Tätigkeit. In Mailand verkehren die Eisenbahnzüge fast regelmäßig. Die Zeitungen sind erschienen. In Bologna, Ancona und Neapel sind die öffentlichen Betriebe in Tätigkeit. Aus Venedig wird der Zusammenbruch des Streiks gemeldet.

De Facta wieder Ministerpräsident?

Rom, 1. August. Nachdem jetzt Orlando wie auch de Nicola endgültig auf die Bildung des neuen Kabinetts verzichtet haben, wurde de Facta vom König mit der Bildung des neuen Kabinetts betraut. De Facta setzte sich sofort mit verschiedenen Parteiführern, u. a. auch mit dem Sozialistenführer Turati, in Verbindung.

Mangel an Geldnoten.

Berlin, 1. August. Von zünftiger Stelle wird mitgeteilt, daß die Folgen des Streikes der Notenpresse noch nicht überwunden sind. Es fehlt an kleinen Scheinen. Die Reichsbankhauptstelle konnte in der Hauptsache nur mit Tausend- und Fehntausendbanknoten beliefert werden. Eine große Gefahr für die ausreichende Belieferung der Firmen mit Geld liegt darin, daß die großen industriellen Betriebe, besonders im Rheinland und in Sachsen, aus Sorge vor Geldmangel sich überreichlich mit Geldscheinen eindecken haben sollen. Der Mangel an Geld wird jedoch von Tag zu Tag mehr behoben. Aus Breslau liegt hierzu eine Meldung vor, nach der am gestrigen Nachmittage das Postfachamt Breslau sowie die dortige Reichsbankhauptstelle zahlungsunfähig waren. Zahlreiche Betriebe waren nicht in der Lage, ihren Angestellten die Gehälter auszugeben, da sie auf ihre Guthaben weder beim Postfachamt noch bei der Reichsbank Geld erhalten konnten.

Dem Erzeuger zum Verbraucher.

Die Vereinigung der Deutschen Bauernvereine richtet in erster Linie an die ihr angeschlossenen Genossenschaftsgenossen und Zentralgenossenschaften, jedoch auch an alle deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften den Ge-